

Gewalt gegen Kinder / Kinderpornografie

Internet-Zugangsanbieter in die Pflicht nehmen

Mit einer gemeinsam von den Familienpolitikern von CDU und CSU entwickelten Initiative soll der Kampf gegen Kinderpornografie im Internet verstärkt werden. Ansatzpunkt ist die Errichtung von Zugangssperren zu weltweit verfügbaren kinderpornografischen Seiten in Deutschland. Ziel ist es, neben dem Schutz der Opfer den kommerziellen Massenmarkt für Kinderpornografie empfindlich zu stören und ein weiteres klares gesellschaftliches Signal zur Ächtung von Kinderpornografie zu setzen.

So abscheulich diese Feststellung ist: Kinderpornografie hat sich zu einem lukrativen Markt entwickelt, der Milliardenumsätze generiert. Die Zahl der Konsumenten steigt kontinuierlich. Besonders erschreckend ist, dass Bilder und Filme immer gewalttätiger und die Opfer immer jünger werden. Jedes dritte Opfer ist jünger als drei Jahre - eine unerträgliche Feststellung!

Mittlerweile wird Kinderpornografie zu mehr als 80 Prozent über kommerzielle Webseiten weltweit verbreitet. In Deutschland betrug der Zuwachs allein im Zeitraum von 2006 bis 2007 weit über 100 Prozent.

Die nunmehr von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung ergriffene Initiative gegen die weitere Verbreitung setzt auf das Instrument von Zugangssperren. Dazu werden demnächst Verträge zwischen Internet-Zugangsanbietern und dem Bund geschlossen, der durch das Bundeskriminalamt vertreten wird. Damit wird eine Vereinbarung mit den Internet-serviceprovidern umgesetzt, die in einem Spitzengespräch im Januar 2009 getroffen wurde.

Alle deutschen Internet-Zugangsanbieter sollen in die Pflicht genommen werden. Gleichzeitig hat das Bundeskabinett Eckpunkte für die Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet beschlossen. Damit dokumentiert die Bundesregierung

ihre Entschlossenheit, der Kinderpornografie im Internet den Kampf anzusagen. Nach Schätzungen könnten in Deutschland täglich 300.000 bis 450.000 Zugriffe geblockt werden.

Alle deutschen Zugangsanbieter sollen verpflichtet werden, den Zugang zu Internet-Inhalten zu erschweren, die kinderpornografisches Material darstellen oder darauf verweisen.

Für das Aufspüren und die Listung der zu sperrenden Seiten ist das Bundeskriminalamt zuständig, das die Listen den Zugangsanbietern bereitstellt und verantwortet. Dabei wird sichergestellt, dass keine legalen Angebote auf die Liste gelangen und ein effektiver Rechtsschutz möglich ist.

In Übereinstimmung mit EU-Vorgaben besteht für die Zugangsanbieter keine Verpflichtung, selbst nach illegalen kinderpornografischen Inhalten zu forschen.

Die Zugangsanbieter werden zudem keinen wirtschaftlichen Haftungsansprüchen unterworfen, sofern sie sich an die rechtlichen Vorgaben halten.

Den Nutzern wird aus präventiven Gründen gegenüber klargestellt, warum der Zugang zu einer Internetseite verwehrt wird; gleichzeitig wird ein Informations- und Beschwerdeweg eröffnet.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Bundespräsident Dr. Horst Köhler hat mit seiner eindrucksvollen Berliner Rede ein deutliches Orientierungszeichen gesetzt und in Zeiten der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise Mut gemacht. Sein Bekenntnis zu einem starken Staat, der angesichts der Auswüchse auf den Finanzmärkten klare Regeln und Moral durchsetzen müsse, ist eine Bestätigung unserer Politik.

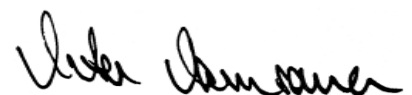


Der Bundespräsident hat zugleich klar gemacht: Gerade in der Krise bietet die Soziale Marktwirtschaft mit ihren untrennbar miteinander verbundenen Grundwerten Freiheit und Verantwortung das notwendige Rüstzeug zur Überwindung der Krise. Vor allem die Finanzmärkte brauchen eine neue Balance von Regulierung und Freiheit.

Horst Köhler hat zugleich Perspektiven zur Überwindung der Krise aufgezeigt. Seine Mahnungen für eine neue Kultur des verantwortlichen Miteinanders richten sich an alle Verantwortungsträger in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Die breite, parteiübergreifende Zustimmung zur Rede des Bundespräsidenten zeigt: Horst Köhler ist ein großer Gewinn für unser Land. Das sollten spätestens jetzt auch alle diejenigen erkennen, die ihn aus durchsichtigen parteitaktischen Interessen nicht länger im Amt sehen wollen. Die bevorstehende Bundespräsidentenwahl am 23. Mai wird somit gerade auch für die SPD ein Glaubwürdigkeitstest. Wer dem Bundespräsidenten jetzt völlig zu Recht Lob und Anerkennung zollt, zugleich aber ein Bündnis mit der Linkspartei zur Durchsetzung einer Gegenkandidatin schmiedet, der erweist sich eben ganz und gar nicht als glaubwürdig.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Außenpolitik

Israelischer Botschafter bei der CSU-Landesgruppe

Der israelische Botschafter in Berlin, Yoram Ben-Zeev, sprach am Donnerstag auf Einladung von CSU-Landesgruppenchef Dr. Peter Ramsauer vor den CSU-Bundestagsabgeordneten zur aktuellen Lage in Israel und dem Nahen Osten.

Botschafter Ben-Zeev erläuterte insbesondere den Stand der schwierigen Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung in Jerusalem. Dem designierten Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu sei es gelungen, so unterschiedliche Partner wie die streng nationalistische Partei Israel Beitenu von Avigdor Lieberman und die Labour Party von Ehud Barak zur Zusammenarbeit mit seinem Likud-Block zu verpflichten. Zusammen mit zwei streng religiösen Kleinparteien soll das neue Bündnis über eine ausreichende Mehrheit in der Knesset verfügen. Die Frage, wie dauerhaft stabil eine solche Koalition sein wird, musste freilich auch im Gespräch mit Botschafter Ben Zeev offen bleiben.

Zur weiteren Entwicklung im Nahen Osten betonte der Botschafter,



v.l.n.r.: Dr. Peter Ramsauer, Botschafter Yoram Ben-Zeev und Hartmut Koschyk

dass Israel weiter ein elementares Interesse an Frieden und Stabilität in der Region habe und alles unterneh-

men werde, was einen nachhaltigen Friedensprozess reaktivieren könne. Dabei werde sein Land konsequent gegen palästinensische Friedensfeinde und radikale Kräfte vorgehen, die mit feigen Raketenangriffen gegen die israelische Zivilbevölkerung und anderen Gewalttaten das Existenzrecht Israels in Frage stellen.

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer kündigte an, sich vom 6. bis 8. April auf einer Israel-Reise ein eigenes Bild von der Lage im Nahen Osten verschaffen zu wollen. Israel ist bewusst das Ziel der ersten Auslandsreise Ramsauers nach seiner Nominierung zum Spitzenkandidaten seiner Partei für die Bundestagswahl 2009.

Diese Woche

Gewalt gegen Kinder/Kinderpornografie Internet-Zugangsanbieter in die Pflicht nehmen	S. 1
Außenpolitik Israelischer Botschafter bei der CSU-Landesgruppe	S. 2
Konjunktur Abwrackprämie - Vor allem der Finanzminister ist gefordert	S. 2
Finanzmarkt Vertrauen und Seriosität wiederherstellen	S. 3
Verbraucherschutz Konsequente Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung	S. 3
Regierungserklärung und Debatte zum 60. Bestehen der NATO Dr. Peter Ramsauer: NATO-Bündnis war und bleibt größte Sicherheits- und Friedensgarantie	S. 4/5
Internationale Politik Effektives Vorgehen im Kampf gegen Steuerhinterziehung	S. 5

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Konjunktur

Abwrackprämie - Vor allem der Finanzminister ist gefordert

Nach dem Grundsatzbeschluss in der Großen Koalition zur Verlängerung der erfolgreichen Abwrackprämie muss nunmehr der Bundesfinanzminister Vorschläge zur Finanzierung und weiteren Detailregelungen erarbeiten.

Die mit dem Konjunkturpaket gestartete Prämie von 2.500 Euro für die Verschrottung eines mindestens neun Jahre alten Autos beim Kauf eines Neu- oder Jahreswagens hat sich als erfolgreiches Instrument zur Stützung der Automobilbranche erwiesen. Gekauft werden überwiegend Klein- und Mittelklassefahrzeuge. Bisher ist für die Abwrackprämie ein Finanzvolumen von 1,5 Mrd. Euro veranschlagt. Eine Summe, die 600.000 Neuanschaffungen unterstützt.

Laut dem für die Abwicklung der Prämienauszahlung zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) sind bis zum 25. März bereits knapp 347.000 Anträge gestellt worden. Kfz-Händlervereinigungen sprechen dagegen davon, dass die Zahl von 600.000 Neukäufen bereits in kurzer Zeit erreicht sein wird. Grund für die Differenz in den Angaben

zwischen Händlern und Bafa: Bislang musste gleichzeitig mit dem Prämienantrag eine Zulassungsbestätigung eingereicht werden. Da inzwischen für stark nachgefragte Fahrzeuge inzwischen Lieferzeiten von mehreren Wochen und sogar Monaten gelten, besteht zumindest in diesem Bereich eine deutliche Zeitspanne zwischen Kauf und Antragseinreichung. Ab nächster Woche wird das Verfahren deshalb umgestellt. Dann reicht die Einreichung des Kaufvertrages, um eine verbindliche Anwartschaft auf die Prämie auszulösen. Ohne diese Verfahrensänderung hätten manche Käufer ggf. damit rechnen müssen, durch die verzögerte Auslieferung ihres Neuwagens bei der Prämie nicht zum Zuge zu kommen. Für nächste Woche wird wegen des neuen Verfahrens mit einem schlagartigen Anstieg der Antragseingänge bei der Bafa gerechnet.

Finanzmarkt

Vertrauen und Seriosität wiederherstellen

In einem Meinungsaustausch mit dem Präsidenten des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., Dr. Stephan Götzl, erörterten die Mitglieder der CSU-Landesgruppe am Mittwoch dieser Woche Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. Handlungsbedarf sahen die Gesprächsteilnehmer vor allem in der Frage, wie Seriosität auf dem Markt der Finanzprodukte gesichert und verlorenes Vertrauen wiederhergestellt werden kann.

Die Stützungsmaßnahmen für den Finanzmarkt waren unumgänglich. Sowohl der im Oktober letzten Jahres beschlossene Banken-Schutzschirm als auch die aktuell diskutierten Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems sind auch nach Einschätzung der überwiegenden Mehrzahl der Experten alternativlos. Unser gesamtes Wirtschaftssystem ist elementar auf den Fluss der Geldströme angewiesen. Insolvenzen von Geldinstituten, die für das Funktionieren des Finanzmarktes unverzichtbar sind, könnten unabsehbare Konsequenzen für die gesamten Finanz- und Versicherungsbranche in Deutschland haben. Die beschlossenen Stützungsmaßnahmen dürfen aber nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Staatliche Gelder müssen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis benutzt werden, nicht zu Dumpingangeboten bei Finanzmarktprodukten.

Die von den USA ausgehende Finanzkrise hat auch in Deutschland die Vertrauensbasis in das Bankensystem nachhaltig beeinträchtigt. Darunter

leidet sowohl der Handel zwischen den Banken als auch das Vertrauensverhältnis zwischen Bankkunden und Finanzinstituten. Viele Anleger fühlen



v.l.n.r.: Albert Rupprecht, Vorsitzender des parlamentarischen Kontrollgremiums zum Finanzmarktstabilisierungsfonds, Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Geschäftsführer, Dr. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V. und Bartholomäus Kalb, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher

sich getäuscht. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem die Rechte von Anlegern gestärkt werden sollen, ist deshalb notwendig. Die aktuelle Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass es bei der Anlageberatung Defizite gibt. Gerade im Interesse der Genossenschaftsbanken, die sich hier

so gut wie keine Vorwürfe zu machen haben, ist es jedoch erforderlich, den bürokratischen Aufwand möglichst gering zu halten.

Der Bereich der Genossenschaftsbanken verdient innerhalb des deutschen 3-Säulen-Bankensystems Bestnoten. Die 316 bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken steigerten im Jahr 2008 das Bilanzsummenwachstum deutlich. Sie verzeichneten insbesondere bei den Kundengeldern und im Kreditgeschäft eine sehr positive Entwicklung. Die Bilanzsumme wuchs um 5,5 Prozent und erreicht damit die höchste Steigerungsrate seit dem Jahr 1998. Die Kundengelder legten um 5,0 Prozent zu – die höchste Steigerung seit 1995. Bei den Ausleihungen hat sich der Wachstumstrend gefestigt. Sie stiegen um 1,6 Prozent an. Diese Zahlen bestätigen: Das Kundenvertrauen ist im Bereich der Genossenschaftsbanken ungebrochen. Damit wird die im besten Sinne des Wortes konservative Anlagepolitik der Volks- und Raiffeisenbanken bestätigt.

Verbraucherschutz

Konsequente Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung

Belästigungen durch unerwünschte Telefonwerbung haben sich in letzter Zeit zu einem erheblichen Problem entwickelt. Zur Stärkung der Verbraucherrechte hat deshalb der Deutsche Bundestag in dieser Woche eine Unionsinitiative verabschiedet, die für telefonisch abgeschlossene Verträge ein Widerrufsrecht gesetzlich verankert.

Verstöße gegen das Verbot unerlaubter Telefonwerbung sollen zudem künftig mit einer Geldbuße geahndet werden können. Bereits nach geltendem Recht ist Werbung mit unerwünschten Telefonanrufen gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern unlauter und damit rechtswidrig, wenn sie ohne deren Einwilligung erfolgt. Die Durchsetzung des geltenden Rechts stößt in der Praxis allerdings auf Schwierigkeiten. Diesem unbefriedigenden Zustand wird jetzt entgegengewirkt.

Darüber hinaus klagen Verbraucherinnen und Verbraucher über Verträge, die ihnen im Zusammenhang mit Telefonwerbung untergeschoben werden, oder aus Kostenfallen im Internet entstehen. Gegen die Folgen solcher Irreführungen können sich die Verbraucher künftig besser zur Wehr setzen.

Verbraucher erhalten künftig ein Widerrufsrecht. Dies gilt zum einen für telefonisch geschlossene Verträge über die Lieferung von

Zeitungen und Zeitschriften sowie über die Erbringung von Wett- und Lotterie-Dienstleistungen. Zum anderen steht Verbrauchern künftig ein Widerrufsrecht zu, wenn keine ordnungsgemäße Widerrufsbelehrung erfolgt ist. Weiterhin werden Verstöße gegen das bestehende Verbot der unerlaubten Telefonwerbung künftig mit einer Geldbuße geahndet. Zudem wird die Rufnummernunterdrückung bei Werbung mit einem Telefonanruf verboten.

Regierungserklärung und Debatte zum 60. Bestehen der NATO

Dr. Peter Ramsauer: NATO-Bündnis war und bleibt größte Sicherheits- und Friedensgarantie

In der Debatte zur Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum bevorstehenden NATO-Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden anlässlich des 60jährigen Bestehens des Nordatlantischen Bündnisses hat der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Dr. Peter Ramsauer, unter anderem Folgendes ausgeführt:

„Herr Präsident, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung von den Chancen gesprochen, die uns das NATO-Bündnis in den nunmehr 60 Jahren seines Bestehens bietet. Dies ist mit Nachdruck zu unterstützen. Ja, die NATO ist eine große Chance für Deutschland - Deutschland und Europa brauchen dieses Bündnis. Deutschlands Interessen lassen sich ohne die NATO nicht schützen: Frieden in Europa, Freundschaft mit unseren Nachbarn, Sicherheit für Handel und Sicherheit für Reisen. In anderen Staaten gehören die nationalen Interessen zum parteiübergreifenden Konsens. In Deutschland ist das leider nicht ganz so. Hier steht oft schon allein der Begriff „nationale Interessen“ im Geruch politischer Unkorrektheit.



Peter Ramsauer im Bundestagsplenum

NATO-Mitgliedschaft liegt im ureigensten deutschen Interesse

Ich bin vollkommen anderer Ansicht. Ich glaube, das Wahre nationaler Interessen macht unsere Außenpolitik glaubwürdig und berechenbar. Deswegen halte ich es an einem Tag wie heute für angebracht, von deutschen und nationalen Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu sprechen.

Zu diesen Interessen gehört die Erfahrung, dass es ohne die NATO in Deutschland keinen erfolgreichen Wiederaufbau gegeben hätte, dass es kein Wirtschaftswunder gegeben hätte und dass wir kein Leben ohne Angst hätten. Ohne die NATO - das sage ich vor allen Dingen an die Kollegen von der linken Fraktion - hätten die Bundesrepublik und Westeuropa Stalins Expansionsstreben und damit kommunistischer Diktatur und Misswirtschaft nicht widerstehen können. Das ist eine historische Tatsache.

Ohne die NATO hätten wir nicht das Glück der Wiedervereinigung gehabt. Ohne die NATO würden unsere Landsleute in den neuen Bundesländern heute nicht in Freiheit und Sicherheit leben. Auch das gehört zur Wahrheit der letzten 60 Jahre.

Ohne die NATO hätten wir auch nicht die Erfolge bei der Abrüstung, die wir zu verzeichnen haben. Ich werde nie vergessen, dass ich dabei sein durfte, als der damalige Wirtschaftsminister Michael Glos vor zwei Jahren in

Murmansk eine Anlage zur Verschrottung ehemaliger sowjetischer Atom-U-Boote eingeweiht hat. Deutlicher und augenfälliger kann tatsächliche Abrüstung nicht werden. Damals in Murmansk war ich stolz darauf, dass die Abrüstungsverhandlungen zu diesen Ergebnissen geführt haben, sodass wirkliche Abrüstung in Form von Verschrottung stattfinden konnte.

Die NATO war die größte Friedensgarantie und Friedensmacht in den letzten 60 Jahren. Darauf können wir stolz sein. Das wussten die Deutschen, wie ich den Ergebnissen einer Umfrage entnehmen konnte, schon vor 20 Jahren. Damals waren 86 % der Deutschen für die NATO. Nach einer Umfrage des letzten Jahres vom German Marshall Fund halten heutzutage immerhin noch 62 % der deutschen Bevölkerung die NATO für unentbehrlich. Jawohl, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat recht.

NATO ermöglicht Nachbarschaft mit Russland auf gleicher Augenhöhe

Meine Damen und Herren, dank der NATO kann Deutschland, kann Europa auch mit Russland eine Nachbarschaft auf Augenhöhe pflegen. Der Georgienkrieg und der Gaskonflikt haben gezeigt: Russland ist in der Tat kein einfacher Partner und Nachbar. Es ist dennoch gut, dass der NATO-Russland-Rat seine Arbeit wieder aufgenommen hat. Selbstverständlich müssen wir NATO-Partner uns aber untereinander abstimmen, bevor wir mit Russland beraten. Das gibt großen und kleinen NATO-Partnern gleichermaßen die Gewissheit gleicher Sicherheit. NATO und EU stehen im Verhältnis zu Russland vor ähnlichen - um nicht zu sagen: vor gleichen - Herausforderungen. Sie sollten aus genau diesem Grunde eine gemeinsame Russlandstrategie verfolgen.

Die NATO ist nicht nur für Europa und Deutschland eine Chance, sondern auch für die Vereinigten Staaten und Kanada. Die USA werden mit den Problemen der Welt auch nicht alleine fertig. Jede Auseinandersetzung, selbst wenn sie mit militärischen Mitteln geführt werden muss, ist ein Wettstreit um Rückhalt, ein Kampf um die Köpfe; wer hier verliert, hat keinen Erfolg. Im Wettstreit um die öffentliche Meinung hat ein Bündnis natürlich die besseren Chancen als jeder einzelne Partner für sich.

Die Entwicklung von einer bipolaren zu einer polyzentrischen Welt geht unvermeidlich und unvermindert

weiter. In diesem Kontext vervielfacht ein solches Bündnis den Einfluss, den jeder Partner für sich allein haben könnte. Die Liste der Themen, die diesseits und jenseits des Atlantiks unterschiedlich gesehen werden, ist lang: internationale Gerichtsbarkeit, Klimaschutz, Proliferation und viele Abrüstungsfragen. Bei manchen Aspekten bringt Präsident Obama Bewegung und Wandel; aber eines ist natürlich auch klar: Präsident Obama wird wie alle seine Vorgänger im Amt des Präsidenten amerikanische Interessen immer an erster Stelle schützen. Das müssen wir wissen.

Transatlantische Partnerschaft weiter festigen

Unser Interesse muss es sein, die transatlantische Partnerschaft zu festigen. Europa und Nordamerika sind sich bei der Analyse der Bedrohungen einig: Terrorismus, religiöser Fundamentalismus, zerfallende Staaten, internationale Kriminalität. Der Georgienkrieg hat die Möglichkeit zwischenstaatlicher Konflikte wieder in das Blickfeld der NATO gerückt.

Die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO erleichtert jetzt die Kooperation zwischen Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und NATO - ein großer Schritt hin zu einer tragfähigen euroatlantischen Sicherheitspartnerschaft.

Die NATO war und ist nicht nur ein Sicherheits-, sondern auch ein Wertebündnis. Ich halte es für unverzichtbar, darauf hinzuweisen. Zu unseren gemeinsamen Wertvorstellungen gehört auch das Eintreten für freien Welthandel. Gerade in einer Zeit wie der heutigen, in der wir uns schwersten weltwirtschaftlichen Verwerfungen gegenübersehen, gehört nicht Abschottung zu den Rezepten, sondern gerade freier Welthandel. Auch dazu liefert die NATO einen wertvollen Beitrag. Wir sprechen vom transatlantischen Marktplatz, auf dem sich jeder ohne Hemmnisse am Handel beteiligen kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Europa und Amerika brauchen eine stabile NATO. Dafür muss gewährleistet sein, dass sich die NATO nicht überdehnt, dass sie sich in ihren Operationen nicht verzettelt und dass sie sich ständig strategisch modernisiert.

Die NATO nicht überdehnen heißt: Die Tür zur NATO ist zwar für neue Mitglieder offen - wir begrüßen Albanien im Bündnis; der Beitritt Kroatiens darf, wie Sie, Frau Bundeskanzlerin, gesagt haben, nicht scheitern -; aber für alle Beitritte gilt, dass durch jeden Beitritt am Ende ein Mehr an Sicherheit für die gesamte Allianz geleistet werden muss. Die Bewerber stehen deshalb in der Pflicht, die Beitrittskriterien zu erfüllen.

In meinen Augen erfüllen Georgien und die Ukraine diese Beitrittskriterien so schnell noch nicht, aber es gilt, dass sie weiterhin eine Beitrittsperspektive haben.

Grenzen des NATO-Wirkungskreises aufzeigen

Die NATO darf sich nicht verzetteln. Die Bundeskanzlerin hat gesagt, dass natürlich die Grenzen des Wirkungskreises der Allianz aufgezeigt werden müssen. Das müssen wir immer klar im Auge behalten, und wir müssen vor jeder Operation sorgfältig und gewissenhaft prüfen, ob die Voraussetzungen für einen solchen Einsatz erfüllt sind. Dazu gehört auch, dass ein solcher Einsatz immer in ein zukunftsweisendes und erfolversprechendes politisches Lösungskonzept eingebunden ist.

Meine Damen und Herren, wenn es die NATO nicht schon gäbe, dann müssten wir sie heute gründen. Wir gratulieren der NATO zum 60. Geburtstag. Wir können sagen: Wir gratulieren uns Deutschen zur NATO. Wir können es nicht oft und laut genug sagen: Wir brauchen die NATO als Deutsche, als Europäer und als Weltbürger für eine Zukunft in Frieden, in Freiheit und in Sicherheit."

Internationale Politik

Generalverdächtigungen können kein Mittel gegen Steuerhinterziehung sein

Im Kampf gegen Steuerhinterziehung handelt Deutschland konsequent und effektiv. Handlungsbedarf besteht allerdings weiterhin im Bereich der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung. Bundesfinanzminister Steinbrück ist deshalb aufgefordert, die derzeit international zunehmende Bereitschaft zur besseren Kooperation zu nutzen, statt fragwürdige Alleingänge zu starten.

Die begrüßenswerte internationale Entwicklung zu einer verbesserten Zusammenarbeit in Steuerfragen muss jetzt genutzt werden. Vorrangige Aufgabe muss es sein, jetzt zügig die notwendigen internationalen Abkommen zum besseren Austausch in Steuersachen abzuschließen.

Die guten Chancen hierzu dürfen vom Bundesfinanzminister nicht weiter durch unqualifizierte Äußerungen

wie etwa kürzlich gegenüber der Schweiz gefährdet werden. Als Beleidigung empfundene Äußerungen schaden der notwendigen Kooperationsbereitschaft.

Steinbrücks Beharren auf seinem Entwurf für ein „Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz“ verfolgt einen völlig verfehlten Ansatz. Es kann nicht sein, dass zunächst alle Steuerzahler unter den Generalverdacht der

Steuerhinterziehung gestellt werden, nur weil sie Geschäftsbeziehungen zu Ländern unterhalten, die bislang als „nicht kooperative Staaten“ gelten. Die vom Bundesfinanzminister verlangte Meldepflicht solcher Geschäfte mit Partnern z.B. in Österreich oder der Schweiz an die Steuerbehörden ist gerade gegenüber Geschäftstreibenden in Grenzregionen eine offene Misstrauenserklärung, die nicht Gesetz werden kann.